



HESSISCHER LANDTAG

25. 01. 2018

SIA

Berichtsantrag

der Abg. Dr. Sommer, Alex, Decker, Di Benedetto, Gnadl, Merz, Roth (SPD) und Fraktion

betreffend Abwanderungstrend von Ärztinnen und Ärzten aus Hessen

Die Kassenärztliche Vereinigung hat mitgeteilt, dass ein Abwanderungstrend von Ärztinnen und Ärzten aus Hessen zu verspüren sei. Dies hänge u.a. mit dem nicht auskömmlichen Honorar für Ärztinnen und Ärzte zusammen. Angesicht der prognostizierten Zahlen von in Zukunft benötigter Ärzteschaft wäre ein solch skizzierter Abwanderungstrend nicht nur kontraproduktiv, sondern würde den bereits jetzt vorhandenen Fachkräftemangel potenzieren.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über einen Abwanderungstrend von Ärztinnen und Ärzten aus Hessen?
In welchem Umfang gibt es Abwanderungen und welche Arztgruppen sind davon betroffen?
2. Ist es geplant, eine Statistik über Abwanderungen von Ärztinnen und Ärzten einzuführen?
Wenn ja, ab wann und mit welchen zu erfassenden Daten?
Wenn nein, warum nicht?
3. Welche Gründe führen nach Ansicht der Landesregierung dazu, dass Ärztinnen und Ärzte aus Hessen abwandern?
Gibt es Unterschiede im Hinblick auf unterschiedliche Arztgruppen?
4. Stimmt die Landesregierung der Kassenärztlichen Vereinigung zu, dass der Abwanderungstrend mit der Honorarvergütung zusammenhängt?
Wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, diesem Umstand entgegenzuwirken?
5. Wie bewertet die Landesregierung anhand der Quoten aus 2016 die morbiditätsbedingte Gesamtvergütung (MGV) in Hessen?
6. Sind Berichte zutreffend, wonach sich die Honorarvergütung (Hausärzte sowie bei grundversorgenden Fachärzten) in den einzelnen Bundesländern deutlich unterscheiden und dass die Honorarvergütung in Hessen bis zu 20 % geringer ausfällt?
7. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung zu verhindern, dass Ärztinnen und Ärzte aus Hessen abwandern?
Welche Maßnahmen will sie bis zu welchem Zeitpunkt konkret umsetzen?
8. Wie beurteilt die Landesregierung die Uneinigkeit von Kassenärztlicher Vereinigung und Krankenkassen in der Honorarfrage und inwiefern will sie sich für eine Streitschlichtung einsetzen?

Wiesbaden, 25. Januar 2018

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Dr. Sommer
Alex
Decker
Di Benedetto
Gnadl
Merz
Roth